

## Raumordnungsverfahren „Diabas-Erweiterung Huneberg-Ost“

### Ergebnisniederschrift der Antragskonferenz / des Scoping-Termins vom 06.05.2014

**Konferenzort:** Stadt Goslar, Kreistagssaal  
**Konferenzleitung:** Herr Menzel (Zweckverband Großraum Braunschweig - ZGB, Untere Landesplanungsbehörde)  
**Teilnehmer:** s. Teilnehmerliste (Anhang)  
**Dauer:** 10:05 bis 12:10 Uhr

#### Inhalt

1. Begrüßung und Einführung
2. Vorstellung des Vorhabens / geplanter Untersuchungsrahmen der Antragsunterlagen
3. Raumverträglichkeitsuntersuchung (RVU)
4. Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVS)
5. Erörterung zur FFH-Verträglichkeitsuntersuchung
6. Weiterer Verfahrensablauf

#### **1. Begrüßung und Einführung**

**Herr Menzel** (ZGB) begrüßt die Anwesenden und führt in die Veranstaltung ein. Dabei erläutert er die Aufgaben und Inhalte des Raumordnungsverfahrens (ROV) sowie der Antragskonferenz im Besonderen (s. Anlage 1, Folien ZGB/GAA 3 + 4). Herr Menzel erklärt, dass das Vorhaben „Diabas-Erweiterung Huneberg-Ost“ gemäß § 1 Nr. 17 Raumordnungsverordnung (RoV) zu prüfen ist. Herr Menzel stellt die zusammenfassenden Prüfbereiche des ROV's im Überblick vor:

- Raumverträglichkeitsprüfung,
- Umweltverträglichkeitsprüfung und falls erforderlich
- FFH-Verträglichkeitsprüfung.

Anschließend begrüßt **Herr Zabel** (Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig – GAA) seitens des GAA's die Teilnehmenden und erläutert die Erforderlichkeit des Scoping-Termins seitens des bundesimmissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Dabei stellt er mit Verweis auf § 5 UVPG die zu prüfenden Inhalte vor und führt aus, dass diese - abgesehen von der Maßstabebene und dem Konkretisierungsgrad – in beiden Verfahren (nach ROG/NROG und BImSchG) ähnlich sind. Zudem richteten sich beide Termine an die gleichen Träger öffentlicher Belange. Herr Zabel beendet seine Ausführungen mit dem Verweis auf die allgemeinen Vorteile, wie insbesondere die Zeit- und Aufwandsersparnis, die durch die Termin-Zusammenfassung genutzt werden können.

**Herr Menzel** informiert darüber, dass zum Vorhaben bereits schriftliche Stellungnahmen eingegangen sind. Diese sind dem Protokoll als Anlage beigelegt (s. Anlage 4).

## **2. Vorstellung des Vorhabens / geplanter Untersuchungsrahmen der Antragsunterlagen**

**Herr Schulz** (Harzer Pflastersteinbrüche Telge & Eppers, Niederlassung der KEMNA BAU Andreae GmbH & Co.KG) begrüßt seinerseits als Vorhabenträger die Anwesenden.

**Herr Schulz** stellt das Vorhaben sowie das Vorhabengebiet anhand einer umfangreichen PPT-Präsentation vor (s. Anlage 2) und informiert über den vorgesehenen Untersuchungsrahmen der Raum- und Umweltverträglichkeitsstudien.

Hinsichtlich der Vorhabenbeschreibung erläutert Herr Schulz, dass das Vorhaben „Erweiterung Diabas-Tagebau Huneberg-Ost“ eine Gesamtgröße von rd. 51 ha umfasse und sich in einem geschlossenen Waldgebiet im Harz südlich der Stadt Bad Harzburg und westlich der Bundesstraße B 4 befinde. Der aktuelle Betriebsstandort „Huneberg“ liege östlich in einer Entfernung von rd. 500 m - 1.500 m Luftlinie. Die bisherige Abbaustelle und die geplante Erweiterung werden durch das naturschutzfachlich bedeutsame „Riefenbruch“ getrennt. Das Vorhaben halte hierzu einen Sicherheits- und Restriktionsbereich ein.

In seinen Ausführungen zur Raumverträglichkeit geht Herr Schulz schwerpunktmäßig auf die Inhalte „Rohstoffgewinnung“ und „Wasserwirtschaft“ ein.

### **Rohstoffgewinnung**

Bezüglich der Rohstoffsituation informiert Herr Schulz, dass die Rohstoffmächtigkeit mit bis zu 88,5m+ in den Unterlagen angegeben ist. Das „+“ beziehe sich darauf, dass die Probebohrungen bis zu dieser Tiefe erfolgt seien, die Mächtigkeit auch aber größer sein könne.

Die erwartete Mächtigkeit liege im Durchschnitt bei 60,04 m. Der geplante Abbau solle dementsprechend 5-stössig erfolgen.

**Herr Schulz** informiert, dass bezüglich der Rohstoffförderung ein Gesamtabbau im Endzustand von ca. 62 Mio. t erwartet werde, der Abraum umfasse voraussichtlich ein Volumen von ca. 8,6 Mio. m<sup>3</sup>.

Eine nord-westl. gelegene, bestehende Abraumhalde könne hiervon evtl. 2,5 Mio. m<sup>3</sup> aufnehmen. Dies sei zu prüfen, ebenfalls, wie der weitere Abraum verbracht bzw. genutzt werden könne.

### **Wasserwirtschaft**

**Herr Schulz** informiert, dass ein hydrogeologisches Gutachten aus dem Jahr 2013 bestehe. Dieses solle um die erforderlichen Inhalte, die sich aus diesem Termin und dem weiteren Verfahrensfortschritt ergeben, ergänzt werden.

Für den laufenden Abbaubetrieb wurden bereits Grundwasser-Messstellen eingerichtet. Diese müssten bezüglich der erweiterten Abbauplanungen in Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde (UWB) ergänzt werden.

Den Radau-Stollen betreffend führt **Herr Schulz** aus, dass eine Überdeckung von 110 m zu seinem Schutz gewährleistet bleibe. Herr Schulz berichtet ferner, dass ein spezielles sprengtechnisches Gutachten zum Radau-Stollen in Auftrag gegeben worden sei aktuell erstellt werde. Auch die Auswirkungen des Sprengmittels Ammoniumnitrat (NH<sub>4</sub>NO<sub>3</sub>) auf das Wasser im Stollen würden gegenwärtig geprüft.

Mit Bezug zur Umweltverträglichkeit informiert Herr Schulz, dass Aussagen zur Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) in der Anlage 5 der Verfahrensunterlagen zusammengestellt wurden. Die Durchführung der erforderlichen Untersuchungen / Kartierungen sei für den Zeitraum „Herbst 2014 – Sommer 2015“ vorgesehen. Ergänzend zur UVS werden auch ein Landschaftspflegerischer Begleitplan (Stichwort: Nachnutzung) sowie eine Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich erstellt.

Zum Riefenbach wird ein vorsorglicher Schutz-Abstand von 100 m vorgesehen.

**Herr Schulz** berichtet, dass erste Überlegungen zur Errichtung eines Betriebsgeländes mit Sozialgebäude und Vorbrecher in der nordwestlichen Ecke des beabsichtigten Abbaubereiches bestehen. Die Aufbereitung des Rohstoffes soll an der bestehenden Anlage stattfinden.

**Herr Schulz** schildert, dass der vom Vorhaben ausgesparte Riefenbruch das Vorhaben von der bestehenden und weiter in Nutzung stehenden Aufbereitungsfläche trenne. Der daher erforderliche Materialtransport könne über verschiedene vorwiegend forstwirtschaftliche Wege nord-westlich erfolgen (insgesamt 3,5 km), oder über eine östliche Umfahrung des Riefenbruchs. Herr Schulz favorisiert allerdings die Transportlösung über eine Förderbandanlage, für die der Vorhabenträger zwei Varianten vorschlägt. Variante 1 (1,5 km) umgeht den Riefenbruch im Süden, Variante 2 würde den Riefenbruch (ohne Rodungen und größere Versiegelungen) queren (1,3 km). Herr Schulz legt dar, dass hier die optimale Lösung noch in Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden zu erörtern sei.

Die bestehende Zuwegung mit Anbindung zur Bundesstraße B 4 soll weiter genutzt werden.

### 3. Raumverträglichkeitsuntersuchung (RVU)

#### Überfachliche Belange

- Raumstruktur, zentralörtliche Strukturen und Funktionen

- Siedlungsentwicklung, Freiraumfunktionen

**Herr Dr. Knolle** (NHB / BUND / NABU) erkundigt sich nach der Durchführung einer Nullvariante. **Herr Menzel** erläutert, dass die Betrachtung / Prüfung einer Nullvariante Bestandteil des formalen Raumordnungsverfahrens sei.

#### Landwirtschaft

*Keine Hinweise*

#### Forstwirtschaft

**Herr Lücke** (Nds. Forstamt Clausthal) hinterfragt Modalitäten zur erforderlichen Kompensation des Eingriffs. Bei diesem Vorhaben sei der Zeithorizont erheblich und die Eingriffe würden sukzessive über einzelne Verfahrensabschnitte erfolgen. Vor dem Hintergrund der geringen Verfügbarkeit von Kompensationsflächen in Niedersachsen regt Herr Lücke an, die Kompensation abschnittsweise, jeweils erst bei Inanspruchnahme neuer Teilflächen vorzunehmen. So könnten jeweils aktuelle Rechtsänderungen Berücksichtigung finden.

#### Wasserwirtschaft

**Frau Wittemann** (NLWKN/GLD) erläutert, dass erhebliche Bedenken zur Vorhabensplanung im Bereich der Trinkwasserschutzzone II des Wasserschutzgebietes der Stadtwerke Bad Harzburg GmbH bestehen. Gemäß der für alle festgesetzten Wasserschutzgebiete gültigen Verordnung über Schutzbestimmungen in Wasserschutzgebieten (SchuVO) vom 09.11.2009 ist die Gewinnung von Bodenschätzen mit Freilegung des Grundwassers in der Schutzzone II verboten (vgl. SchuVO, Nr. 11). Sämtliche einschlägigen Regelwerke (u.a. DVGW-Regelwerk W 101, Geofakten 10, NLWKN-Handlungshilfe Teil II) bescheinigen ein sehr hohes Gefährdungspotenzial infolge der Rohstoffgewinnung in der Schutzzone II und raten daher grundsätzlich von entsprechenden Vorhaben ab.

**Frau Wittemann** erklärt, dass eine fachliche Zustimmung nur unter der Voraussetzung erfolgen könne, dass der Schutzzonenverlauf der Schutzzone II unter Gewährung der wasserwirtschaftlichen / rechtlichen Erfordernisse geändert würde, so dass eine räumliche Betroffenheit des Gebietes ausgeschlossen sei. Frau Wittemann informiert, dass hierzu eine fachliche Abstimmung zwischen dem LBEG und dem NLWKN erfolgt.

**Frau Wittemann** erhebt erhebliche Bedenken bezüglich des Oberflächengewässerschutzes. Einerseits würden erforderliche Anforderungen nicht eingehalten und allgemein sei festzustellen, dass die Verfahrensunterlagen unzureichend seien. Beispielsweise führt sie die Gewässer Riefen-, Tiefen- und Speckenbach sowie die Große Romke an. An diesen Gewässern seien geschützte Tierarten (-> Rote Liste) bekannt, hier seien Nachweise zu erbringen.

**Frau Wittemann** informiert, dass das Grubenwasser eine milchige Konsistenz aufweise. In diesem Zusammenhang fordert sie Untersuchungen auf den Schwermetallgehalt.

**Frau Wittemann** erklärt, dass einer Einleitung in die Große Hune nicht zugestimmt werden könne, da es fraglich scheine, ob die angestrebte Befreiung der Trübstoffe durch die Absetzteiche ausreichend sei.

**Frau Wittmann** verweist des Weiteren auf die Stellungnahme des NLWKN als Gewässerkundlicher Landesdienst (GLD) vom 07.05.2014.

**Frau Matthias** (LBEG/GLD) informiert, dass die Bachwasserfassungsanlage eine aktuelle wasserrechtliche Bewilligung aus dem Jahr 2002 besäße, die Nutzung faktisch aber seit vielen Jahren nicht erfolge. Sie regt in diesem Zusammenhang an, zu prüfen, ob seitens der Stadtwerke auf die Bewilligung der Bachwasserfassung verzichtet oder diese nur noch zu Notversorgungszwecken verwendet werden kann. Darüber hinaus empfiehlt Sie den Status (Schutzwürdigkeit und Schutzfähigkeit) des Trinkwasserschutzgebietes durch die Untere Wasserbehörde des LK Goslar zu prüfen, da sich die Nutzungsbedingungen seit der Ausweisung in den 70er Jahren geändert hätten.

**Frau Matthias** erscheint eine Zustimmung des GLD aus Sicht des Trinkwasserschutzes unter Auflagen möglich, sofern die Trinkwasserversorgung an der Bachwasserfassung eingestellt bzw. diese nur noch zur Notwasserversorgung genutzt würde und die geplante Abbaufäche somit nicht mehr in der Zone II des Trinkwasserschutzgebietes Bad Harzburg zu liegen käme.

**Frau Matthias** und **Herr Dr. Meyer** (LBEG / GLD) erachten noch weiteren Untersuchungsbedarf bezüglich der hydraulischen Anbindung des Riefenbaches im Bereich der Quelfassungen sowie der

Grundwasserbewegungen im Festgestein. Angeregt wird diesbezüglich ein zeitnahes Fachgespräch zwischen dem GAA Braunschweig, der UWB des Landkreises Goslar, dem Antragsteller, der Stadtwerke Bad Harzburg, dem Gutachter und dem GLD zur Klärung des weiteren Untersuchungs- und Überarbeitungsbedarfs im Detail. Beispielhaft führt das LBEG / der GLD folgende Untersuchungsinhalte an: bodenkundliche Bewertung grundwassernaher Standorte im potentiellen Grundwasserabsenkungsbereich gemäß der in den Geofakten bzw. dem Geobericht 15 dokumentierten Standards. Des Weiteren sollte eine Bewertung der Bodenfunktionen erfolgen (vgl. Geobericht 26).

**Herr Höfert** (Gesundheitsamt Stadt Salzgitter / LK Goslar) erläutert, dass Abraumhalden über ein Schadstoffpotential verfügen. Diesbezüglich fordert er die Kontrolle und Einhaltung in Bezug zu den umliegenden Gewässern und Talsperren.

**Herr Dr. Meyer** (LBEG / GLD) weist darauf hin, dass für eine Standortbewertung hochaufgelöste Daten notwendig sind, über die das LBEG nicht verfügt.

**Herr Pramann** (UWB, LK Goslar) verweist auf die festgesetzten Trinkwasserschutzgebiete und erläutert, dass es 21 Schutztatbestände gebe, die zu beachten seien (Anmerkung: s. schriftl. Stellungnahme des LK Goslar vom 17.04. bzw. 28.04.2014). Herr Pramann erläutert, dass z.T. Befreiungen im Ermessen möglich seien, Voraussetzung sei allerdings immer, dass der Schutzzweck nicht gefährdet werde.

**Herr Pramann** weist auf mögliche Nitratbelastungen hin, die sich durch Kahlschlag entwickeln können. Dies sei zu berücksichtigen.

**Herr Dr. Knolle** informiert über die anstehende Überprüfung des Verbundsystems der Harzer Wasserversorgung in 2017. Er regt an, die Verfahren zu verknüpfen.

**Herr Dr. Schnitzler** (Harzwasserwerke GmbH) weist darauf hin, dass auch weitere, nicht vom Vorhabenträger durchgeführte Sprengungen im Umfeld durchgeführt werden. Er fordert, diese mit in die Untersuchungen einzubinden.

**Herr Dr. Schnitzler** kritisiert die Ausführungen in den Verfahrensunterlagen zu dem Thema „Fremdwasser im Stollen“. Er fordert, diesbezügliche Gefahren zu durchdenken und aufzulisten.

**Herr Dr. Knolle** fordert, dass bezüglich der doppelten Kippe in einem Vorhaben dieser Größenordnung bzw. mit diesem erheblichen Flächenverbrauch die Möglichkeiten der „Innenkippe“ vertieft zu prüfen seien.

## **Rohstoffwirtschaft**

**Frau Hernandez Diaz** (LBEG) verweist auf die schriftliche Stellungnahme des LBEG vom 05.05.2014 und trägt diese vor. Diese umfasst die Belange aus lagerstättenkundlicher und rohstoffwirtschaftlicher Sicht, der Standsicherheit und der Bergaufsicht.

**Herr Siep** (Untere Bodenschutzbehörde, LK Goslar) fordert weitere Aussagen zur Nutz- und Schutzfunktion des Bodens bezüglich des Bodenschutzes ein. Dies umfasse ggfls. auch eine Begründung, warum die Nutz- und Schutzfunktion des Bodens der Rohstoffgewinnung untergeordnet würden.

**Herr Siep** informiert, dass der Oberboden im Vorhabengebiet stark schwermetalllastig sei und dass daher der Umgang / Verbleib geklärt werden müsse.

**Herr Dr. Knolle** fordert die grundsätzlich länderübergreifende Betrachtung und Analyse der Rohstoffbedarfe und -vorräte. Das Vorhaben liege im Dreiländereck von Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, da sei es im Sinne der Nachhaltigkeit angebracht, die Situation räumlich und nicht territorial zu betrachten. **Herr Menzel** erläutert hierzu, dass raumordnerisch diese Betrachtung auf der Ebene der Landesraumordnung (-> LROP) erfolge.

**Herr Dr. Knolle** fordert eine maximale Nutzung der Innenkippe zur Reduzierung des Flächenverbrauchs.

## **Wohnen, Industrie, Gewerbe, Sondernutzungen**

*Keine Hinweise*

## **Freizeit und Erholung**

**Herr Wiesenhütter** (Kreientwicklung, LK Goslar) merkt an, dass der regional bedeutsame Wanderweg erhalten bleiben soll. **Herr Menzel** erläutert, dass dieser insbesondere über die Nutzungs- als auch die Verbindungsfunktion durch eine Zielfestlegung im RROP 2008 gesichert sei.

**Herr Höfert** führt aus, dass er durch die bereits bestehende Staubbelastung das Gebiet um das Vorhaben für Freizeit und Erholung als kaum geeignet betrachtet.



## **Großräumige Naturschutzplanungen**

**Herr Walter** (Leitung Fachbereich Bauen & Umwelt, LK Goslar) informiert, dass der Naturpark Harz länderübergreifend wieder belebt werden solle. Vorhabenplanungen und Planungen zum Naturpark sollten miteinander verbunden werden.

## **Verkehr**

**Herr Breustedt** (Polizeiinspektion Goslar) fordert weitere Aussagen zum durch das Vorhaben induzierten Verkehrsaufkommen, insbesondere in Bezug zur Ortsdurchfahrt Bad Harzburg.

## **Ver- und Entsorgung**

**Herr Dr. Knolle** (NHB / BUND / NABU) beanstandet, dass in den Verfahrensunterlagen bisher eine Auseinandersetzung mit dem Thema „Recycling“ fehle. Hier könnten sich sowohl betriebswirtschaftliche als auch v.a. nachhaltige Vorteile bieten. Herr Dr. Knolle fordert eine Recycling-Diskussion.

## **Sonstige Nutzungen**

*Keine Hinweise*

# **4. Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVS)**

## **Methodik der Umweltverträglichkeitsstudie**

**Herr Schulz** fragt die Beteiligten, ob es Anmerkungen zum vorgeschlagenen Untersuchungsraum gebe. **Herrn Walter** scheint der Raum plausibel zu sein, er wird sich diesbezüglich aber noch mit der Unteren Naturschutzbehörde in Verbindung setzen. **Herr Dr. Knolle** merkt an, dass hydrogeologisch ein deutlich größerer Raum zu betrachten sei.

*Keine weiteren Hinweise*

## **Vorhabensalternativen**

**Herr Dr. Knolle** fordert, die Nullvariante zu prüfen.

## **Schutzgut Mensch**

**Herr Dr. Knolle** fordert, in Bezug zum Schutzgut Mensch die Staubbelastung zu erfassen und zu bewerten. Außerdem führt er die Nähe zu Bad Harzburg als Kurstadt an und fordert, diesen Sachverhalt ebenfalls zu prüfen.

**Herr Dr. Knolle** führt aus, dass es beim Vorhaben zu Asbestbelastungen kommen könne und fordert Messungen ein. **Herr Schulz** erklärt, dass zu dieser Thematik ein Gutachten vorliege. Der ZGB bittet um Bereitstellung des Gutachtens.

## **Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt**

**Herr Lücke** erläutert, dass aus ökologischer Sicht die Abbauplanung zu hinterfragen sei und dass ggfls. Alternativen zum Abbaufortschritt und dem damit verbundenen Transport sinnvoller seien. Die bisherige Konzeption sieht vor, den Abbau mit Gewinnungsteilfeld 1 im Westen des Vorhabengebietes zu beginnen. Dies habe aber den geringsten Abstand zum Riefenbruch. Eventuell sei es naturschutzfachlich besser, den Schutzabstand zum Riefenbruch zunächst größer zu belassen und mit einem anderen Gewinnungsteilfeld weiter östlich zu beginnen. Herr Lücke bittet um eine naturschutzfachliche Prüfung.

**Herr Dr. Knolle** fordert, Fledermäuse auch in Bezug auf den Winterschlaf in den Untersuchungsumfang aufzunehmen. Bezüglich der Fledermäuse informiert er weiter, dass Stollen für die Quartiere eine große Bedeutung haben. Bei Zerstörung und auch beim Neuaufschluss sollten Stollen nicht sofort gänzlich verschlossen werden, damit sie als (Winter-)quartiere nutzbar seien. Herr Dr. Knolle bietet an, dem Vorhabenträger hierzu Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

## **Schutzgut Boden**

s. RVU

## **Schutzgut Wasser**

*Keine weiteren Hinweise (s. Belang Wasserwirtschaft)*

## **Schutzgut Luft / Klima**

*Keine weiteren Hinweise (S. Schutzgut Mensch)*

## **Schutzgut Landschaft**

*Keine Hinweise*

## **Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter**

**Frau Teske-Ast** (Harzwasserwerke GmbH) weist darauf hin und kritisiert, dass der Radaustollen nicht als Kulturgut in den Unterlagen aufgeführt wird. Im Weiteren verweist sie auf ihre schriftliche Stellungnahme vom 29.04.2014.

**Herr Dr. Knolle** fordert Untersuchungen zur Montanarchäologie ein. **Herr Walter** erklärt, dass es hierzu bereits eine Stellungnahme vom Landesamt für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Montanarchäologie gebe. (Anmerkung: Diese hat der LK Goslar bereits zugesendet, s. Anlage 4.)

## **... und deren Wechselwirkungen**

*Keine Hinweise*

## **5. Erörterung zur FFH-Verträglichkeitsuntersuchung**

**Herr Dr. Knolle** fordert, - bedingt durch die Nähe - die Betroffenheit des Nationalparks zu prüfen.

## **6. Weiterer Verfahrensablauf**

**Herr Menzel** erläutert den weiteren Verfahrensablauf (s. Anhang 1, ZGB/GAA-Folien 11 bis 14). Anhand der Verfahrensunterlagen, der Hinweise auf der Antragskonferenz sowie der schriftlich eingereichten Hinweise und Anregungen prüft der ZGB als Untere Landesplanungsbehörde gemäß § 9 NROG die Erforderlichkeit eines Raumordnungsverfahrens. Je nach Prüfergebnis folgt entweder eine raumordnerische Stellungnahme oder es schließt sich ein Raumordnungsverfahren an. Herr Zabel ergänzt, dass die Feststellung der Raumverträglichkeit die formelle Voraussetzung für den Abschluss eines Immissionsschutzrechtlichen Verfahrens darstelle.

**Herr Menzel** bittet, bei Bedarf zeitnah weitere Anmerkungen und Stellungnahmen dem ZGB zuzusenden.

Auf Nachfrage zur Notwendigkeit dieser Antragskonferenz sowie eines möglichen Raumordnungsverfahrens gibt **Herr Menzel** die Auskunft, dass es sich bei diesen Verfahrensschritten um rechtliche Aufträge gemäß ROG / NROG handele.

Er bedankt sich für die konstruktive Beteiligung und die Verpflegung durch den Vorhabenträger und beendet um 12:05 Uhr die Antragskonferenz / den Scoping-Termin.

gez.

Golumbeck / de Wit

## **Anlagen:**

- **Anlage 1:** Auszug Vortragsfolien ZGB / GAA\*
- **Anlage 2:** Auszug Vortragsfolien Vorhabenträger\*
- **Anlage 3:** Teilnehmerliste
- **Anlage 4:** schriftlich eingegangene Stellungnahmen mit Hinweisen / Forderungen
  - > IHK Braunschweig, 20.03.2014
  - > Stadt Bad Harzburg, 27.03.2014
  - > Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, 31.03.2014
  - > Samtgemeinde Oberharz, 10.04.2014
  - > UNB Landkreis Goslar, 14.04.2014
  - > Polizeiinspektion Goslar, 15.04.2014
  - > Landkreis Goslar (Untere Wasser-, Wald- und Naturschutzbehörde), 28.04.2014
  - > Landwirtschaftskammer, Bezirksstelle Braunschweig, 29.04.2014
  - > Harzwasserwerke, 29.04.2014
  - > NLWKN, GLD-Bereich Oberirdische Gewässer, 30.04.2014
  - > Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, 05.05.2014
  - > NLWKN, GLD, 07.05.2014
  - > Landesamt für Denkmalpflege (über Landkreis Goslar), 07.05.2014
  - > Landkreis Goslar, 04.06.2014

\* Die vollständigen PPT-Vorträge werden auf der Internet-Seite des ZGB zur Verfügung gestellt ([www.zgb.de](http://www.zgb.de)).

## Anlage 1

### Ausgewählte Folien – PPT-Präsentation ZGB / GAA

ROV „Diabas-Erweiterung Huneberg-Ost“  
AK und Booping-Termin am 08.05.2014 in Götting

Städtisches  
& Kreisverwaltungsamt  
Braunschweig  
Behörde für Arbeits-, Umwelt- und  
Unternehmensschutz

Zweckverband  
Grünraum  
Braunschweig

### 1. Einleitung, Aufgabe der Antragskonferenz

- ▶ Erläuterung des Vorhabens durch den Vorhabenträger
- ▶ Vorstellung des räumlichen und inhaltlichen Untersuchungsrahmens, der Antragsunterlagen inkl. Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) sowie ggfls. des FFH-Untersuchungsrahmens
- ▶ Sammlung ergänzender Hinweise auf zweckdienliche Unterlagen für das ROV
- ▶ Aufzeigen möglicher Konfliktfelder und ggf. zu prüfender Alternativen
- ▶ keine Behandlung von Einwendungen und Stellungnahmen

Vorhabenträger in die Lage zu versetzen, die von der Landesplanungsbehörde in Abstimmung mit den Beteiligten für notwendig erachteten Unterlagen umfassend erarbeiten und zusammenstellen zu können.

Vorbereitung der Entscheidung über Erforderlichkeit des ROV

Folie 3

ROV „Diabas-Erweiterung Huneberg-Ost“  
AK und Booping-Termin am 08.05.2014 in Götting

Städtisches  
& Kreisverwaltungsamt  
Braunschweig  
Behörde für Arbeits-, Umwelt- und  
Unternehmensschutz

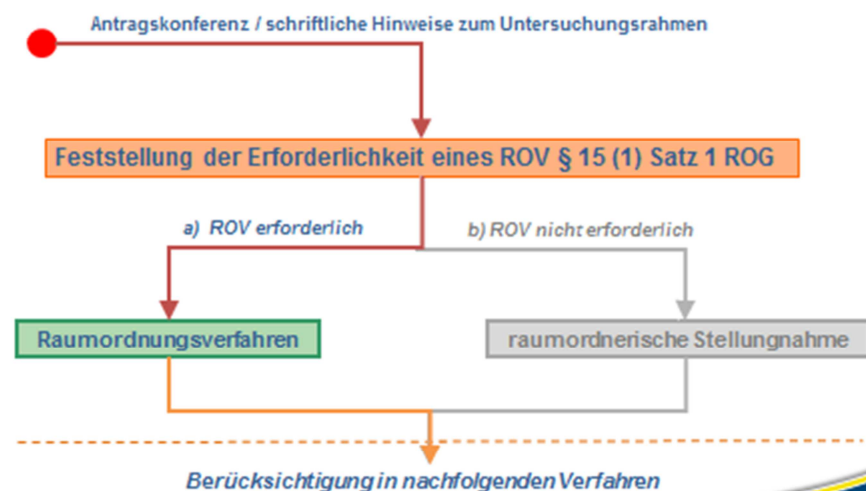
Zweckverband  
Grünraum  
Braunschweig

### 2. Aufgabe und Inhalte des Raumordnungsverfahrens (ROV)

- ▶ ROV ist ein behördeninternes Abstimmungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung
- ▶ Prüfung der Vereinbarkeit des Vorhabens mit den Erfordernissen der Raumordnung (Ob? wenn ja: Wie?)
- ▶ Bestandteile:
  1. Raumverträglichkeitsprüfung → Grundlage: Raumverträglichkeitsstudie - RVS
  2. Umweltverträglichkeitsprüfung → Grundlage: Umweltverträglichkeitsstudie - UVS
  3. FFH-Verträglichkeitsprüfung (FFH-VP)
- ▶ Ergebnis: Landesplanerische Feststellung
  - Feststellung der Vereinbarkeit / Unvereinbarkeit mit den Erfordernissen der Raumordnung
  - sonstigen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen
  - Ergebnis der UVP
  - Maßgaben = Berücksichtigung im Zulassungsverfahren

Folie 4

## Die raumordnerische Prüfung



Folie 11

## Feststellung der Erforderlichkeit gemäß § 15 (1) Satz 1 ROG

### Generelle Erforderlichkeit eines ROV

- ▶ Raumbedeutsame Vorhaben mit überörtlicher Bedeutung gemäß § 1 RoV
- ▶ Auch andere raumbedeutsame Vorhaben mit überörtlicher Bedeutung

### Verzicht auf ROV nach § 15 (1) Satz 4 ROG, § 9 (2) Satz 1 NROG

- ▶ Von einem ROV kann abgesehen werden, wenn die Beurteilung der Raumverträglichkeit des Vorhabens bereits auf anderer raumordnerischer Grundlage hinreichend gewährleistet ist.

Folie 12

## ROV erforderlich → Raumordnungsverfahren

Festlegung des Untersuchungsrahmens auf Grundlage der Antragskonferenz

*Erstellung / ggf. Ergänzung der Antragsunterlagen durch Vorhabenträger*

Prüfung der Antragsunterlagen auf Vollständigkeit (1 Monat nach Vorlage)

### Einleitung ROV

- Beteiligung der TÖB / Umweltvereine (2 Monate nach Einleitung ROV)
- Öffentliche Auslegung (1 Monat nach Einleitung ROV mit einwöchiger Ankündigung)
- Erörterungstermin mit TÖB / Umweltvereinen
- max. Verfahrensdauer 6 Monate

### Abschluss durch Landesplanerische Feststellung

mit Unterrichtung TÖB / Umweltvereine / Öffentlichkeit

→ Berücksichtigung in folgenden Verfahren

Folie 13

## ROV nicht erforderlich → raumordnerische Stellungnahme

### Abschluss der Prüfung durch raumordnerische Stellungnahme

(ggf. unter bilateraler Abstimmung mit TÖB / Umweltvereinen)

- raumordnerische Stellungnahme mit Begründung  
(auf Grundlage einer raumordnerischen Prüfung, inklusive der Ergebnisse der Antragskonferenz und Stellungnahmen)
- raumordnerische Maßgaben
- ergänzende Hinweise

### Übergabe an Genehmigungsbehörde / Planungsbehörde


→ Berücksichtigung in nachfolgenden Verfahren

Folie 14


## Anlage 2

### Ausgewählte Folien - Präsentation Vorhabenträger

2. Ausgangslage (2)



2014



Volkswirtschaftliche Bedarfsdeckung um 1,0 Mio. t (p.a.)

Qualitativ hochwertiger, gefragter Zuschlagstoff m. überregion. Bedeutung

Breites Einsatzspektrum (Produktvariabilität [STS/FSS, Asphalt-ZuS, DB, WB])


Auslaufen der Boden-Abbaugenehmigung zum 31.12.2030

Erhöhter Zersetzungsgrad (Klüftigkeit) → minderqualitat. Produkte (kein DB/WB)

Zunahme Abraumüberdeckung 60-80m („Verlust 4. Sohle“) sowie des innerbetrieblichen Transports (7. Sohle) → Wirtschaftlichkeit


Dipl.-Geol. Ingo Schulz
Scoping & Antragskonferenz Diabas Huneberg Ost
06. Mai 2014

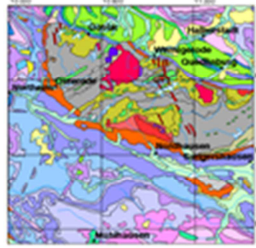
2. Ausgangslage (4)



2011-13

Standortsuche eines Alternativ-Feldes nördlicher „Oberharzer-Diabaszug“





Geologische Karte der Region Huneberg Ost

Standortsuche eines Alternativ-Feldes nördlicher „Oberharzer-Diabaszug“

Geologische Karte der Region Huneberg Ost

Standortsuche eines Alternativ-Feldes nördlicher „Oberharzer-Diabaszug“

Geologische Karte der Region Huneberg Ost

Standortsuche eines Alternativ-Feldes nördlicher „Oberharzer-Diabaszug“

Dipl.-Geol. Ingo Schulz
Scoping & Antragskonferenz Diabas Huneberg Ost
06. Mai 2014



## 2. Ausgangslage (5)



2011-13

Standortsuche eines Alternativ-Feldes  
nördlicher „Oberharzer-Diabaszug“

- ✓ Erst-Prospektion 2011 (4 Bhrgn. m. 241.3 lfd.m, Ø BLA: 670 m)
- ✓ Explorationsarbeiten 2012/13 (6 Bhrgn. m. 497.0 lfd.m, Ø BLA: 260 m, Gewinnung einer Altbohrung 1972 (189 lfd.m) → 927 lfd.m)



9

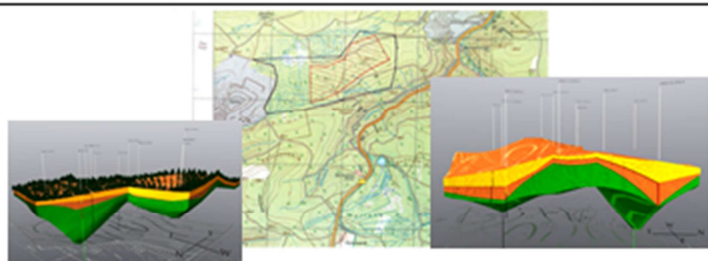
## 2. Ausgangslage (6)



2011-13

Standortsuche eines Alternativ-Feldes  
nördlicher „Oberharzer-Diabaszug“

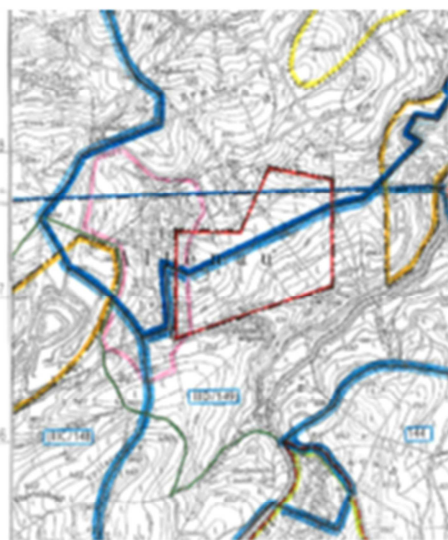
- ✓ Nachweis eines potentiellen Erweiterungsfeldes Huneberg-Ost, (sog. „wahrscheinliche“ Vorräte m. Aussagesicherheit bis 80%)
- ✓ Abgrenzung einer nutzbaren Lagerstätte von **51,33 ha**  
Ø Abraummächtigkeit: 16,7 m [2,9-31,3m]  
Ø Rohstoffmächtigkeit: 60,04 m [26,0+ - 88,5+m]



10



### 3. Interessenlage (Belange) (1)



- 1 Landschaftsschutz-Gebiet (LSG)
  - > Innerhalb LSG „Harz (LK Goslar) H-Zone“
- 2 Naturschutz-Gebiet/ Naturpark/ Nationalpark (NSG, NP, NatP)
  - > außerhalb NSG,
  - > Innerhalb NP „Harz“ (Ausweisung: 1960)
  - > außerhalb NatP
- 3 Trinkwasserschutz-Gebiet (TVWS) „höchstes Gut“
  - > Innerhalb TVWS III (Stadtwerke/ N))
  - > Innerhalb TVWS III D (Harzwasserwerke/ S)
  - Incl. Radau-Stollen (Vorrang VVV I)
- 4 Vorranggebiet Natur- u. Landschaft
  - > Inner-/außerhalb (randlich) „Riefenbruch“
- 5 Vorranggebiet Erholung & Tourismus
  - > außerhalb (reg. bedeuts. VVanderweg)
- 6 Vorranggebiet Rohstoffsicherung
  - > außerhalb (Diabas Huneberg, Gabbro)

11

### 4. Konzeption (1)/ Abbautechnologisch



Jahre 1-10/ 8,8 ha/ 11,84 Mio.t



Jahre 11-20/ 20,82 ha/ 13,42 Mio.t



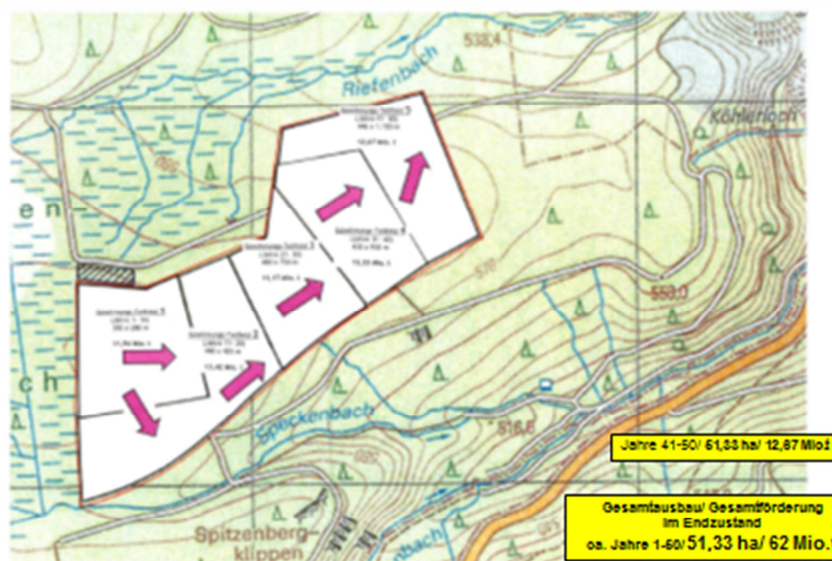
Jahre 21-30/ 30,9 ha/ 11,17 Mio.t



Jahre 31-40/ 40,86 ha/ 13,26 Mio.t

12

#### 4. Konzeption (2)/ Abbautechnologisch

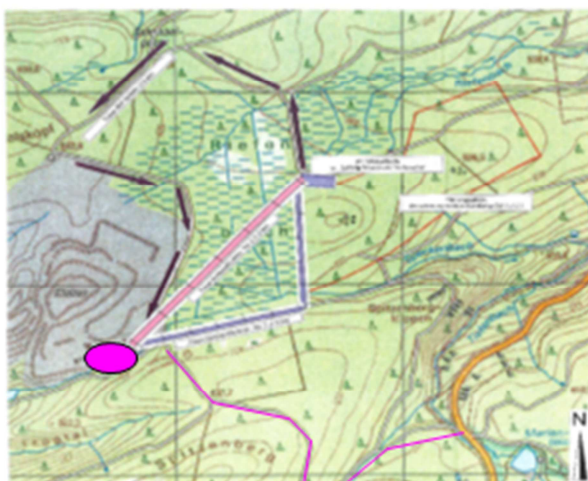


Dipl.-Geol. Ingo Schulz

Scoping & Antragskonferenz Diabas Huneberg Ost

06. Mai 2014

#### 4. Konzeption (3)/ Transportlogistisch



- > Weiterbetrieb bestehender Aufbereitungsanlage
- > Weiternutzung Zuwegung mit Anbindung B4

##### Abraum (8.6 Mio. cbm):

Technik: Tieflöffelbagger/  
Greifer, Radlader,  
Muldenkipper

Verbringung: NW-Althalde  
(200x450x27,5 = 2,5 Mio. cbm)

##### Rohstoff (62 Mio. t):

Technik: Bohren – Sprengen/  
Lösen

Verladung: Beschickung  
Aufbereitung,  
Verkauf/Transport (B4)



Dipl.-Geol. Ingo Schulz

Scoping & Antragskonferenz Diabas Huneberg Ost

06. Mai 2014

#### 4. Konzeption(4)/ Verfahrenstechnisch



Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung gem. § 44, 45 BNatSchG	sAP/ UVP
Faunistisch/ Floristische Kartierung III/14 - II/15 incl. UVS	UVP
Überarbeitung Hydrogeologisches Gutachten 2013 (1.Nachtrag)	TWS II
Sprengtechnisches Gutachten Radau-Stollen	TWS III
Gutachterl. Stellungnahme $\text{NH}_4\text{NO}_3$ -Emissionen auf Radau-Stollen	TWS III
Raumverträglichkeitsstudie (RVS-2)	ROV
Landschaftspfleger. Begleitplan (LBP), incl. E-/A-Bilanzierung	UVP/ROV
...	

15

# Anlage 3 Teilnehmerliste



Zweckverband  
Großraum  
Braunschweig

**Raumordnungsverfahren „Diabas-Erweiterung Huneberg-Ost“**  
Antragskonferenz und Scopingtermin am 06. Mai 2014, 10:00 Uhr  
Ort: Landkreis Goslar, Kreistagssaal

## Teilnehmerliste

Teilnehmerliste			
ROV „Diabas-Erweiterung Huneberg-Ost“ AK und Scoping-Termin, am 06.05.2014			
Nr.	Name, Vorname (bitte in Druckbuchstaben)	Dienststelle	Adresse / E-mail
1.	Seuschelt, Silvio	Waldwirtschaftliche Goslar	Helmrich-Pieper-Str. 1, 38640 Goslar silvio.seuschelt@waldwirtschaftliche.de
2.	Sell, Rainer	Landkreis Goslar Außenverwaltungsamt	Stapelner Str. 8, 38644 Goslar rainer.sell@landkreis-goslar.de
3.	Schulz Karsten	Gewerbeaufsicht Braunschweig	Karsten.Schulz@gwa-braunschweig.de
4.	Stellfeld, Joachim	GFA BS	
5.	ZABEL, VICTOR	GFA BS	
6.	Lücke, Michael	NFT Clausthal	Michael.Luecke@nfta-clausthal- niedersachsen.de

ROV „Diabas-Erweiterung Huneberg-Ost“ AK und Scoping-Termin, am 06.05.2014			
Teilnehmerliste			
Nr.	Name, Vorname (bitte in Druckbuchstaben)	Dienststelle	Adresse / E-mail
7.	Töpperwien, Tabea	Rachthaus NEA Langstrahl	
8.	WITTEHANN, KAREN	MULLEN BRAUNSCHWEIG	KAREN, WITTEHANN @ mulleu-bs, NIEDERSACHSEN.DE
9.	Rühne Peter	Stadtwerke Bad Harzburg GmbH	p.rühne @ stadtwerke-bad-harzburg.de
10.	Vollbracht, Bernd	Stadtwerke Bad Harzburg GmbH	b.vollbracht @ stadtwerke-bad-harzburg.de
11.	Lücken, Dagmar	Landkreis Goslar Untere Wasserwerke	dagmar.lueken @ landkreis-goslar.de
12.	Pramare, Rainer	Landkreis Goslar untere Wasserwerke	rainer.pramare @ landkreis-goslar.de
13.	Siepe, Nikolaus	Landkreis Goslar untere Wasserwerke	nikolaus.siepe @ landkreis-goslar.de
14.	Schmiedler, Martin	Harzwasserwerke GmbH	Schmiedler @ harzwasserwerke.de
15.	TESKE ASI, BETTINA	Harzwasserwerke GmbH	teske-asi @ harzwasserwerke.de



ROV „Diabas-Erweiterung Huneberg-Ost“ AK und Scoping-Termin, am 06.05.2014			
Teilnehmerliste			
Nr.	Name, Vorname (bitte in Druckbuchstaben)	Dienststelle	Adresse / E-mail
16.	Höferte, Achim	Gesundheitsamt Stadt Salzgitter / LK Goslar	Heinrich-Pieper-Str. 3 38640 Goslar achimbhofer@landkreis-goslar.de
17.	DeLuncke, Friedlert	NHB/Bund/NABU	fluedle@t-online.de
18.	WALTER, Thomas	LK Goslar	Klingensteinstr. 6, 38640 Goslar thomas.walter@landkreis-goslar.de
19.	Matthias, Nina	LBEG (GLD)	Stilleweg 2, 30655 Hannover nina.matthias@breg.niedersachsen.de
20.	Meyer, Knut	-	-
21.	Hernandez Diaz, Teresa	LBEG	Knut.Meyer@lbeg.niedersachsen.de Stilleweg 2, 30655 Hannover
22.	Sonnabend, Jörg	Nds. Forstamt Clausthal	Teresa.Hernandez@lbeg.niedersachsen.de Jörg.Sonnabend@nfa-clausthal.niedersachsen.de
23.	MILNICKEL, HELMO	Fa. Telge & Eggers	Auf Gültelbühl 38667 Bad Harzburg
24.	Höferte, Thomas	LK Goslar	Klingensteinstr. 6 38640 Goslar thomas.hoeferte@landkreis-goslar.de

ROV „Diabas-Erweiterung Huneberg-Ost“ AK und Scoping-Termin, am 06.05.2014				
Teilnehmerliste				
Nr.	Name, Vorname (bitte in Druckbuchstaben)	Dienststelle	Adresse / E-mail	
25.	Schulz, Ingo	Landesamt für NL KERNST 84u	An Götterhof 5 38667 B. Verrey	
26.	Kummer, Gerd		g.kummer@kummer.de 	
27.	De Wit, Arjen	ZGB	Frankfurter Str. 2, 38122 Braunschweig a.dewit@zgb.de	
28.	Grolmbsch, Cornelia		c.grolmbsch@zgb.de	
29.				
30.				
31.				
32.				
33.				